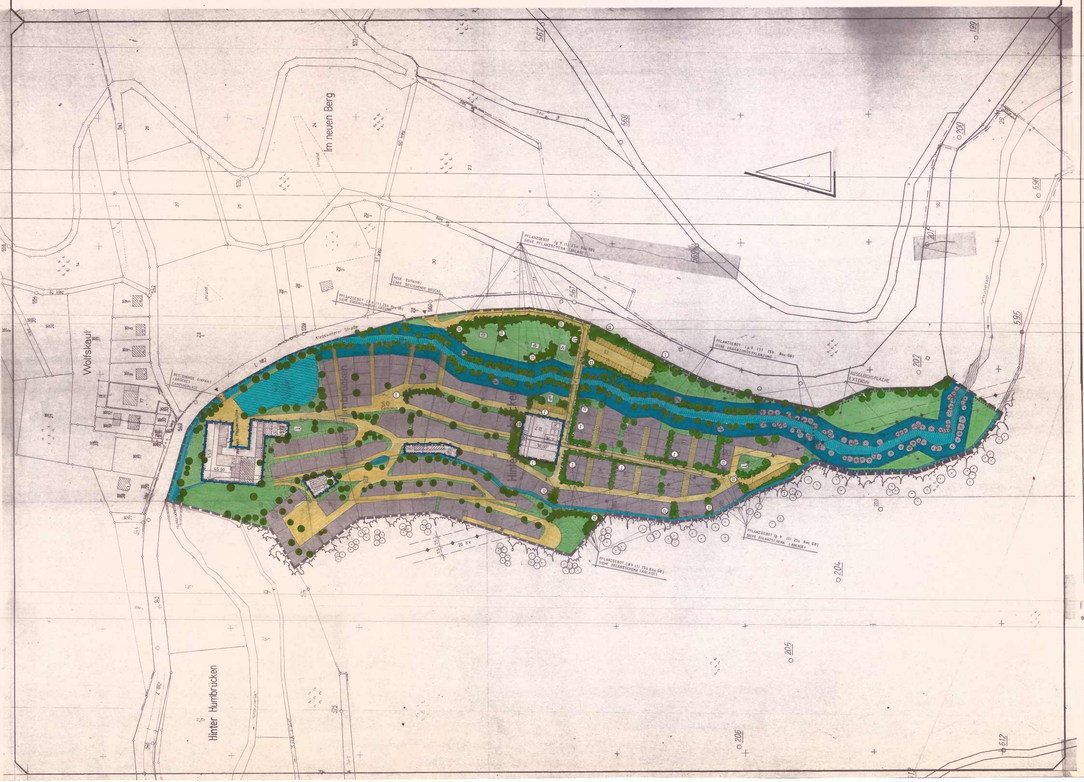
BEBAUUNGSPLAN FÜR DAS TEILGEBIET „HINTER HUMBRÜCKEN" FLUR 47 DER STADT KIRN

M 1: 1000



ZEICHENERKLÄRUNG

PLANZEICHEN

- SO Camping — Sondergebiete (s. der Erhaltung dienen)
- Z II — Zahl der Vollgeschosse (als Höchstgrenze)
- MV / S / K — Baugrenze; Zweckgebundene bauliche Anlagen; Hauptgebäude mit Wohnung und Verwaltung; Sanitärgebäude; Kiosk
- Straßenverkehrsfläche
- Fahrweg
- Standplatzzufahrt neu
- Standplatzzufahrt bestand
- Fußweg
- Wirtschaftsweg
- Straßenbegrenzungslinie (unterirdisch)
- 20 kV - Freileitung (oberirdisch)
- private Grünflächen:
  - Ballspielplatz
  - Zeltplatz
  - Parkanlagen
  - Liegewiese
  - Spielplatz
- Humbrückenbach
- Teich
- Schutzgebiet für Oberflächengewässer
- Anpflanzung von Bäumen
- Erhaltung von Bäumen
- Pflanzgürtel aus Sträuchern nach Pflanzschema
- Extensive Ausgleichsfläche
- Stellplätze
- Böschung neu
- Böschung bestand
- Standplatzeinteilung
- bestehende Standplatzeinteilung
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Fluergrenze
- Brücke
- Einfahrt

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1)Ziff. 1 Bau GB)

Bauweise (§ 9 (1) Ziff. 2 Bau GB)

Verkehrsflächen (§ 9 (1) Ziff. 11 Bau GB)

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen (§ 9 (1) Ziff. 13 und (6) Bau GB)

Grünflächen (§ 9 (1) 15 und (6) Bau GB)

Wasserflächen (§ 9 (1) Ziffer 16 (6) Bau GB) (§ 9 Ziffer 7 (4)

(§ 9 Ziffer 16 u. 24 Bau GB) Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft (§ 9 (1) Ziffer 20,25 und (6) Bau GB

(§ 9 (1) Ziffer 4 u. 22 Bau GB)

(§ 5 (1) 26 und (6) Bau GB)

(§ 9 (7) Bau GB)

(§ 16 (5) des WHG)

ÜBERSICHT

RECHTSGRUNDLAGEN

RECHTSGRUNDLAGEN

1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253) (Landesrahmenrecht des §§ 1, 2,4,4 a,9,10 und 30
2. Verordnung über die Baulliche Nutzung der Grundstücke (Bau NVO — Baunutzungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.09.1977 (BGBl. I S.1763) geändert durch Anderungsverordnung vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2665).
3. Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBau O) vom 15.12.1986 (BGBl. S.307).
4. Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitplänen über die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1981 - Plan ZRO 81 vom 30.07.1981 (BGBl. I S. 833).
5. § 17 des Landesgesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Landespflegegesetz - LPflG -) in der Fassung vom 05.02.1979 (GBl. S. 37)
6. § 50 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundesimmissionsschutzgesetz - BImSchG) vom 15.30.1974 (BGBl. I S. 721) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Umsetzung der Seveso-Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 04.10.1980 (BGBl. I S.1851), 2. Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 04.10.1985 (BGBl. I S.1950).
7. Landesverordnung über Camping- und Wochenendplätze vom 18.September 1984 (GBl S.1961).

HINWEIS

Archäologische Funde müssen dem Landesamt für Denkmalpflege gem. § 17 des Denkmalschutz-und -pflegegesetzes gemeldet werden

TEXTFESTSETZUNGEN

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. FESTSETZUNG DER ZWECKBESTIMMUNG UND ART DER NUTZUNG (§ 9 (1) BauG und § 10 BauNVO)

Für den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes " Hinter Humbrücken" wird in Anwendung des § 10 BauNVO Sondergebiet, die der Erholung dienen) die Zweckbestimmung Camping- und Wochenendplatzgebiete festgesetzt. Hierbei ist das Pfahgebiet nach Art der Nutzung im Ordnungsbereiche insgesamt zulässig(1):

1.1 Zulässigkeit von Anlagen für Dauercamping:

Zulässig sind Wohnwagen, die wirklich jederzeit verkehrsfähig aufgestellt sind im Sinne des § 1 (4) Ziffer 3 der Camping- und Wochenendplatzverordnung.

1.2 Zulässigkeit von Zelten:

Zulässig sind Mobilheime (s.S. § 1 (4) Ziffer 2. der Camping- und Wochenendplatzverordnung.

1.3 Zulässigkeit von Zelten:

Zulässig sind vorübergehende Aufstellen von Wohnwagen und Zelten.

Zulässig sind Wohnwagen und Zelte, die zum vorübergehenden Aufstellen auf Dauerplätzen bestimmt sind (s.S. § 1 (1) der Camping- und Wochenendplatzverordnung.

1.4 Zulässigkeit von Anlagen für Sport-, Spiel- und Erholungseinrichtungen:

Zulässig sind im Plan ausgewiesene Einrichtungen: Liegewiese, Kinderspielplatz, Ballspielplatz und Parkanlagen.

1.5 Zulässigkeit von Gebäuden:

Zulässig ist der Ausbau einer Wohnung innerhalb der bestehenden Bauten.

Es zulässig erscheint auch der sukzessiven Versorgung und Restauration des Camping- und Wochenendplatzbereiches, bestehend aus:

- Ver- und Entsorgungen für Abwasser, Abfälle, Strom, Wasser, Gas
- Ver- und Entsorgungen für Fernsehen, Telefon, Radio
- die Wochenendplätze sind nicht zum Dauerwohnen bestimmt,